

## Was kommt, war eigentlich schon!

Spitzenvertreter aus Politik und Wirtschaft in Schleswig-Holstein haben gemeinsam mit unserer Zeitung eine große Initiative für Arbeitnehmer über 50 Jahre gestartet: Unter dem Titel „Arbeit mit Erfahrung“ erscheinen bis Anfang Dezember jeweils dienstags und sonnabends Beiträge, die Chancen und Perspektiven, aber auch Probleme bei der Beschäftigung Älterer beleuchten. Heute: Der renommierte Freiburger Finanzwissenschaftler Prof. Bernd Raffelhüschen, ein gebürtiger Niebülller, über Demographie und Nachhaltigkeit.



Ältere Beschäftigte an der Werkbank: „Auch wenn so mancher sich lieber als Opfer sieht, Deutschland zählt zu den größten Globalisierungsgewinnern der Weltgeschichte“. Foto: dpa

Kaum ein Phänomen hat die politischen Gemüter in den vergangenen Jahren so erhöht, wie die öffentliche Diskussion um die Bevölkerungsentwicklung Deutschlands. Demographische Prognosen, die seit Jahrzehnten eigentlich in der Wissenschaft wenig umstritten waren, wurden auf einmal zur Schreckensvision für den Sozialstaat. Dabei haben diese rein mathematischen Verfahren mittelfristig nur noch wenig mit einer Prognose zu tun. Hier irrt der Laie und der Fachmann wundert sich.

Auch der demographische Laie erkennt nämlich anhand der gegenwärtigen Bevölkerungsstruktur, dass diese bereits heute die Form eines Tannenbaums angenommen hat. Die geburtenstarken Jahrgänge der 50er bis frühen 70er Jahre haben im Durchschnitt nur etwa 1,4 Kinder pro Frau in die Welt gesetzt, und dieser „Pillknick“ war keine vorübergehende Erscheinung, sondern hält seit fast vier Jahrzehnten unverändert an. Wie wenig diese wenigen Kinder tatsächlich sind, kann man sich durch einen Vergleich mit den in den Bombennächten und Hungerjahren der Nachkriegszeit geborenen Jahrgängen 1943 bis 1946 deutlich machen.

### Fast vierzig Jahre „2. Weltkrieg gespielt“

Etwas zugespitzt formuliert: Die Generation der heutigen Erwerbstätigen hat demographisch gesehen seit fast vierzig Jahren „2. Weltkrieg gespielt“. Diese Tatsache wiederum hat erhebliche Konsequenzen auf die zukünftige Altersstruktur.

In den kommenden Jahrzehnten wird sich die Struktur mehr und mehr der sogenannten „Pillform“ annähern: immer mehr zukünftige Rentner stehen immer weniger zukünftigen Erwerbstätigen gegenüber – konkret gesprochen wird sich der zukünftige Altenquotient nach der offiziellen Bevölkerungsprojektion des Statistischen Bundesamt bis 2035 etwa verdoppeln. Allerdings ist eines in der Diskussion bisher übersehen worden: Zukünftig ist an dieser Entwicklung nichts mehr zu ändern, denn

bei fast allen zukünftigen Beitragszahlern und bei allen zukünftigen Rentnern des Jahres 2035 handelt es sich um Menschen, die eben schon geboren worden sind. Was für den Laien als ungewisse Zukunftsprognose erscheint, ist für den Wissenschaftler tatsächlich eine nicht mehr abzuwendende Reflektion der Vergangenheit in der Zukunft und damit etwas, was zwar kommt, aber eigentlich schon war.

### 2035 gibt es immer mehr Alte und Kranke

Etwas unsicherer sind die Prognosen für den weiteren Verlauf. Bleibt es bei der niedrigen Kinderzahl, dann wird sich im Jahr 2060 eine schlauchförmige Form der Bevölkerungsstruktur, mit einer je nach Annahmen mehr oder weniger stark verminderten Gesamtbevölkerung, einstellen. Dies könnte aber auch anders kommen, weil die Prognosegenauigkeit für 2060 doch eher zu wünschen übrig lässt. Eines ist aber sicher: Durch die zwischenzeitlich erheblich gestiegene Lebenserwartung ist für 2035 klar, dass immer mehr Alte, Kranke und Pflegebedürftige von immer weniger Beitragszahlern immer länger versorgt werden müssen. Dieses Phänomen des doppelten Alterungsprozesses ist heute bereits angelegt, und wir tun gut daran, unsere sozialen Sicherungssysteme für die Zukunft auf diese Vergangenheit einzustellen, denn sie sind ohne Veränderungen in ihren Ausgaben- und Einnahmestrukturen nicht nachhaltig finanzierbar. Was genau bedeutet allerdings Nachhaltigkeit in diesem Zusammenhang, und wie genau muss die politische Reaktion aussehen? In der Öffentlichkeit konzentrierte sich die Diskussion um Nachhaltigkeit zunächst auf die ökologische Komponente, dabei ist der Begriff viel älter und stammt ursprünglich aus der Wirtschaftswissenschaft, genauer aus dem Gebiet der Forstwirtschaftslehre. Der Begriff selbst wurde von Hans Carl von Carlowitz 1713 geprägt und von Georg Ludwig Hartig 1795 als eine bestandsverhaltende Ertragsstrategie umschrieben, die

darauf abzielt, dem Wald jährlich soviel Holz zu entnehmen, wie im selben Zeitraum nachwachsen konnte. Für den finanzpolitischen Statistiker der Neuzeit hat sich an diesem Begriff eigentlich nichts verändert: Er definiert den Zustand der fiskalischen Nachhaltigkeit als eine Situation, in der die heutige Sozial- und Finanzpolitik von der Gegenwart bis in alle Zukunft, und damit für alle zukünftigen Generationen, unverändert fortgeführt werden kann. In diesem Fall können bei konstanter Steuer- und Beitragslast auch zukünftig alle Bürger die gegenwärtigen staatlichen Leistungen empfangen, und es lebt keine Generation zu Lasten einer folgenden. Die statistische Messung der fiskalischen Nachhaltigkeit durch Generationenbilanzierungen oder andere Methoden dient dann dazu, die langfristigen Konsequenzen und gegebenenfalls den fiskalischen Korrekturbedarf möglicher Fehlentwicklungen für den gesamten öffentlichen Sektor, insbesondere für die als Generationenverträge organisierten sozialen Sicherungssysteme, aufzuzeigen.

## ARBEIT mit ERFAHRUNG

### Eine gemeinsame Aktion der

Landesregierung Schleswig-Holstein; sh:z Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag; IHK Schleswig-Holstein; Handwerkskammer Schleswig-Holstein; Unternehmensverbände UV Nord; DGB Nord; Bundesagentur für Arbeit Regionaldirektion Nord; Schirmherr: Staatssekretär Franz Thönnes

Leistungen halten bei steigenden Beiträgen?

Die Grundstruktur der notwendigen Reformschritte ist dabei vorgezeichnet, denn wenn immer mehr von immer weniger immer länger ihre Leistungen wollen und wenn dies unabdingbar ist, weil man an der demographischen Vergangenheit nichts mehr ändern kann, dann gibt es nur noch zwei Stellschrauben: Entweder man versucht das gegenwärtige Leistungsniveau zu halten, bei dem allerdings extrem ansteigenden Sozialversicherungsbeiträgen, oder man versucht die Beiträge zu stabilisieren, was natürlich Konsequenzen für die Leistungsseite hat. Unter der weit überwiegenden Mehrheit der Ökonomen gelten weitere Beitragserhöhungen als schlechendes

Gift für die wirtschaftliche Entwicklung insbesondere, weil sich dadurch unsere Standortqualität im Globalisierungswettbewerb erheblich verschlechtern würde. Tatsächlich ist der in den vergangenen Jahrzehnten erwirtschaftete Reichtum unseres Landes jedoch nichts anderes als die Summe der vergangenen Globalisierungsgewinne. Auch wenn so mancher es nicht wahr haben mag und sich lieber als Opfer sieht, Deutschland zählt zu den größten Globalisierungsgewinnern der Weltgeschichte, und unser Land ist das reichste Deutschland, das es bislang gegeben hat,

mit den reichsten Alten, den reichsten Erwerbstätigen und auch den reichsten Armen, die wir jemals hatten. Damit dies so bleibt, ist es zwingend geboten auf Beitrags- oder auch Steuererhöhungen zu verzichten, so dass dann automatisch die Korrektur der Ausgabeite unseres Sozialstaats in den Focus notwendiger Reformkonzeptionen rückt.

Für den Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) ist der verbleibende Korrekturbedarf dabei vergleichsweise gering, denn fast alle notwendigen Schritte sind bereits erfolgt. Allerdings beinhaltet die beschlossenen Reformen immer Kürzungen des zukünftigen Rentniveaus und dabei bekam jede Generation sprichwörtlich ihr Fett ab. Die mit der Riesterreform 2001 eingeführte „modifizierte Brutto Lohnanpassung“ sowie der jüngst eingeführte Nachholfaktor bedeuten im Kern nichts anderes, als dass die heutigen Rentner nur mit spärlichen oder zeitweise keinen Zuwächsen ihrer Renten rechnen sollten. Weiterhin bindet der bereits vor drei Jahren eingeführte Nach-

haltigkeitsfaktor das Rentenniveau der zukünftigen Rentner (= heutige Eltern) an die Zahl der zukünftigen Beitragszahler (= heutige Kinder) und ist insofern der demographischer Faktor für die niedrige Fertilität.

Da der Alterungsprozess allerdings ein Doppelter ist, bedarf es eines weiteren demographischen Faktors, und zwar für die steigende Lebenserwartung. Dieser ist die im Frühjahr beschlossene „Rente mit 67“, die im Prinzip den geburtenstarken Jahrgängen ganz klar sagt, dass Teile der hinzugewonnenen Lebenszeit eben nicht in Rente sondern aktiv in der Erwerbstätigkeit zu gebracht werden müssen. Länger arbeiten für ein geringeres (Basis-)Rentenniveau heißt das auf gut Deutsch.

Und wo vorher die Rentenversicherung ein Finanzierungsproblem hatte, da ist daraus nunmehr ein Altersvorsorgeproblem der geburtenstarken Jahrgänge geworden, die jetzt für ihre Lebensstandardsicherung im Alter selbst vorsorgen muss.

### Bei Beamten gibt es noch Hausaufgaben

Als Bevölkerungswissenschaftler ist man da fast geneigt zu sagen: Das haben die sich so verdient, denn wenn es heute 25- bis 55-jähriger den Versucher im Sinne des statistischen Durchschnitts sucht, dann sollte er in den Spiegelschauen – soll heißen: mea culpa.

Ganz anders als im Bereich der GRV sieht die Situation für die Beamtenversorgung aus. Dieses Problem ist durch die Einstellungswelle der 70er Jahre eher noch größer und kommt zudem schneller. Hier hat die Politik ihre Hausaufgaben noch nicht erledigt, denn aus nichtlichen Gründen der Fairness muss man hier für eine wirkungsgleiche Übertragung der Rentniveaufaktoren bei gleichzeitig verlängerter Lebensar-

beitszeit sorgen. Ebenfalls in den Ansätzen stecken geblieben ist die Reform der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Auch sie ist ein Generationenvertrag, der nach dem Umlageverfahren funktioniert, denn die jeweils zu meist gesunden Jungen zahlen für die zum gleichen Zeitpunkt überproportional kranken Alten. Rücklagen hat die GKV nie gebildet – sie lebt von der „Hand in den Mund“. Allein der demographische Effekt würde die Beitragssätze auf knapp 20 Prozent anwachsen lassen – rechnen wir den Kostendruck durch den medizinisch-technischen Fortschritt dazu, dann werden es im optimistischen Fall eher um die 28 Prozent sein. Dies ist unzumutbar für kommende Generationen und würde ein echtes Akzeptanzproblem heraufbeschwören.

### Krankenversicherung hat ein Problem

Die Lösung des GKV-Problems kann daher nicht auf der Einnahmenseite erfolgen, da weder der zukünftige Beitrags- oder Steuerzahler noch der zukünftige Kopf für die Zahlung der aus anderen Gründen zwingend gebotenen Kopfpauschale geboren worden ist. Im Kern ist ein Steuerungsproblem auf der Ausgabeite zu beheben, denn wir können nicht für alles medizinisch Mögliche auf Dauer durch die GKV finanzieren – wir müssen rationalieren. Und da stehen wir am Scheideweg: Entweder verstaatlichen wir dieses schon sehr kollektivistische System weiter und überlassen die Rationierung dem Staat mit seiner administrativen Bürokratie, oder wir rationalieren durch marktwirtschaftliche Elemente, also durch Wettbewerb und Preise. Ärzte und Krankenhäuser werden dann zu Unternehmen, die mit der Gesundheit Geld verdienen wollen, und die Patienten zu Kunden, die für die empfangenen Leistungen eine Rechnung bekommen und diese zumindest teilweise auch selbst bezahlen. Im Kern geht es dabei um eine fundamentale Werturteilsentscheidung: Wollen wir einen sich verschlechternden Versorgungsdurchschnitt, der allerdings für

(fast) alle gleich ist, oder können wir damit leben, dass der Reiche unter uns mehr erhält, dafür aber der Durchschnitt erheblich besser versorgt ist? Wohlgermerkt: Es geht beides, allerdings müssen wir uns demnächst mal entscheiden.

Kommen wir zum Paradestück der politischen Unvernunft, der Pflegeversicherung. Zum Zeitpunkt ihrer Einführung 1995 war der Pillknick hinlänglich bekannt. Trotzdem schuf man wohl wissentlich eine nicht zu schulternde Hypothek zu Lasten kommender Generationen und zwar zum Vorteil des Mittelstands und der Reichen. Nur zur Erinnerung: Finanziert aus der kommunalen Sozialhilfe in besonderen Lebenslagen, bekamen wirklich Bedürftige – bei nachweislicher Mittellosigkeit – auch schon vorher Leistungen. Das ist nun anders – jetzt bekommt jeder, egal, ob bedürftig oder nicht. Um nicht missverstanden zu werden, Pflegebedürftige sind in einer wirklich misslichen Situation.

### Heute Pflegefälle als Einführungsgewinnler

Nichtsdestotrotz sind die heutigen Pflegefälle statistisch gesehen die Einführungsgewinnler eines neu begründeten Kettenbriefs. Es kann nämlich kein Pflegefall behaupten, er hätte jahrzehntelang für die Pflegeleistungen gezahlt – es gibt sie doch erst seit zehn Jahren. Fest steht nun, dass im Jahr 2050 fast dreimal so viele Pflegefälle von etwa drei Viertel der heutigen Beitragszahler zu finanzieren sind. Auch werden immer größere Teile der Pflegebedürftigen stationär oder zumindest professionell und damit immer teurer versorgt werden müssen, weil die deutlich günstigere familiäre Pflege zu Haus et was schwierig zu organisieren ist, wenn die Familie mehr und mehr durch Abwesenheit glänzt.

Die Politik reagiert entschlossen: Im Referentenentwurf werden die Leistungen dynamisiert und im Falle der Altersdemenz erheblich erweitert und das, obwohl wir uns die Leistungen von heute ohnehin nicht nachhaltig leisten können. Die längst überfällige Reform, welche die Ausgaben begrenzt und nicht die Beiträge erhöht, auf mehr Eigenvorsorge setzt und qualitativ wirksame Steuerungen einführt, bleibt aus. Und auch die Umschichtung von der stark demographieabhängigen Umlagefinanzierung zur robusteren, aber auch riskanteren Kapitaldeckung lässt auf sich warten. Es hilft aber nichts: Wat mut, dat mut!

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen (geb. 1957 in Niebüll, verheiratet, drei Kinder) ist Professor für Finanzwissenschaft an der Universität Freiburg und Professor II an der Uni Bergen (Norwegen). Er studierte in Kiel, Berlin und Aarhus Volkswirtschaft und habilitierte an der Uni Kiel. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in der Sozialpolitik und der intergenerativen Makroökonomie. Prof. Raffelhüschen war Mitglied der Rürip-Kommission.



Raffelhüschen